S 21 SO 202/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Niedersachsen-Bremen Sozialgericht Sozialgericht Oldenburg

Sachgebiet Sozialhilfe

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 21 SO 202/18 Datum 05.08.2022

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Der Beklagte wird unter Aufhebung des Bescheides vom 4. Mai 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12. Dezember 2018 verurteilt, dem KlĤger fĽr die Zeit vom 1. Dezember 2017 bis zum 30. Juni 2019 Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII in Form der Ä□bernahme ungedeckter Heimkosten fýr dessen Aufenthalt im Aphasie- und Seniorenzentrum R., S., ohne Anrechnung von VermĶgen aus dem Bestattungsvorsorgevertrag vom 8. Juli 2016 (bzw. aus dem Bestattungsvorsorge Treuhandvertrag vom 8. Juli 2016) zu gewĤhren.

Der Beklagte trägt die notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Klägers.

Â

Tatbestand

Der Kläger begehrt von dem Beklagten Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII in Form der Ã□bernahme ungedeckter Heimkosten für den Zeitraum vom 1. Dezember 2017 bis zum 30. Juni 2019, wobei bei der Berechnung des Vermögens die Berücksichtigung von Einzelheiten eines Bestattungsvorsorgevertrages streitig sind.

Der am 25. Januar 1968 geborene pflegebedürftige Kläger lebt seit dem 16. November 2016 im Aphasie- und Seniorenzentrum R. in T., wo er eine vollstationäre Pflege erhält.

Am 8. Juli 2016 hatten die Betreuer des Klägers für diesen mit dem Beerdigungsinstitut U., einen Bestattungsvorsorgevertrag des Bundesverbandes Deutscher Bestatter über eine Bestattung zu einem Gesamtpreis von 7.152,59 â□¬ abgeschlossen. Die Zusammensetzung des Betrages von 7.152, 59 â□¬ ergibt sich aus einem detaillierten schriftlichen Angebot des Beerdigungsinstituts U. vom 16. Juni 2016, welches sich ebenfalls in den Verwaltungsvorgängen des Beklagten befindet. Das Amtsgericht S. (AzV.) hatte dem Betreuer mit Schreiben vom 22. Juni 2016 mitgeteilt, dass seitens des Betreuungsgerichts keine Bedenken gegen den Abschluss eines Bestattungsvorsorgevertrages bestünden, wenn der vereinbarte Betrag durch Einzahlung auf ein Treuhandkonto bei der Deutsche Bestattungsvorsorge Treuhand AG gesichert werde. Entsprechend der ebenfalls vorliegenden Treuhand-Police vom August 2016 ist der Betrag von 7.152,59 â□¬ fÃ⅓r den Kläger bei der Deutsche

Mit streitgegenstĤndlichem Bescheid vom 4. Mai 2018 hat der Beklagte den (erneuten) Antrag des KlĤgers auf Ä $_{\Box}$ bernahme ungedeckter Heimkosten mit der BegrÄ $_{\Box}$ 4ndung abgelehnt, dass der KlÄ $_{\Box}$ ger Ä $_{\Box}$ 4ber vorrangig einzusetzendes VermÄ $_{\Box}$ gen in HÄ $_{\Box}$ he von 3.197,10 â $_{\Box}$ $_{\Box}$ (Stand: 04.12.2017) verfÄ $_{\Box}$ 4ge. Ausweislich der beigefÄ $_{\Box}$ 4gten Anlage â $_{\Box}$ 1VermÄ $_{\Box}$ 9gensprÄ $_{\Box}$ 4fungâ $_{\Box}$ 1 berÄ $_{\Box}$ 4cksichtigte der Beklagte dabei unter Beachtung eines VermÄ $_{\Box}$ 9gensfreibetrages von 5.000,00 â $_{\Box}$ 7 neben verschiedenen Kontoguthaben und sonstigen VermÄ $_{\Box}$ 9genswerten auch einen Betrag bei der Deutsche Bestattungsvorsorge Treuhand AG in HÄ $_{\Box}$ 9he von 3.155,93 â $_{\Box}$ 7.

Bestattungsvorsorge Treuhand Aktiengesellschaft eingezahlt worden.

Den gegen den Bescheid vom 4. Mai 2018 unter dem 7. August 2018 eingelegten Widerspruch hat der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 12. Dezember 2018 zur \tilde{A}^{1}_{4} ckgewiesen. In der ausf \tilde{A}^{1}_{4} hrlichen Widerspruchsbegr \tilde{A}^{1}_{4} ndung, die eine ausf \tilde{A}^{1}_{4} hrliche Verm \tilde{A}^{1}_{4} gensberechnung enth \tilde{A} xlt, wird festgestellt, dass der abgeschlossene Bestattungsvorsorgevertrag nur in einer H \tilde{A}^{1}_{4} he von 4.000,00 \hat{a}_{1} gesch \tilde{A}^{1}_{4} tzt sei. Der dar \tilde{A}^{1}_{4} berhinausgehende Betrag sei als Verm \tilde{A}^{1}_{4} gen einzusetzen. F \tilde{A}^{1}_{4} r die angemessene H \tilde{A}^{1}_{4} he eines Bestattungsvorsorgevertrages sei im Gebiet des Beklagten ein Betrag von 4.000,00 \hat{a}_{1} als Kosten f \tilde{A}^{1}_{4} r eine einfache b \tilde{A}^{1}_{4} rgerliche Bestattung ermittelt worden.

Der Kläger hat daraufhin am 27. Dezember 2018 Klage erhoben. Zur Begrýndung weist er insbesondere unter Bezugnahme auf mehrere sozialgerichtliche Entscheidungen aus dem gesamten Bundesgebiet darauf hin, dass der Kostenvoranschlag des Beerdigungsinstitutes U. vom 16. Juni 2016 ýber einen Betrag von 7.152,59 â \Box ¬ dem durchschnittlichen Preisniveau entspreche und damit angemessen sei. Bei der Angemessenheitsgrenze komme es im Ergebnis nicht auf die Bemessung der Kosten nach Δ § 74 SGB XII an. Vielmehr seien auf der Grundlage dieser Kosten

unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse die Kosten für eine durchschnittliche bzw. standesgemäÃ☐e (§ 1968 BGB) Bestattung maÃ☐geblich. Nach der Entscheidung des BSG vom 25. August 2011 müsse der Sozialhilfeträger alle Kostenansätze akzeptieren, die nicht auÃ☐erhalb der Bandbreite liegen.

Â

Der KlAxger beantragt,

den Beklagten unter Aufhebung des Bescheides vom 4. Mai 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12. Dezember 2018 zu verurteilen, ihm Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII in Form der Ã□bernahme ungedeckter Heimkosten für den Zeitraum ab dem 1. Dezember 2017 bis zum 30. Juni 2019 zu gewÃxhren.

Â

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Angemessenheit Berýcksichtigung finden.

Â

Er vertritt unter Bezugnahme auf den angefochtenen Widerspruchsbescheid die Auffassung, dass der KlĤger in dem streitigen Zeitraum über vorrangig einzusetzendes VermĶgen verfļgt habe. Der Bestattungsvorsorgevertrag sei gemäÃ∏ <u>§ 90 Abs. 3 SGB XII</u> nur in Höhe von 4.000,00 â∏¬ geschützt. Denn ma̸geblich für die Beurteilung der Angemessenheit von BestattungsvorsorgevertrĤgen seien die individuellen Ķrtlichen VerhĤltnisse. In seinem Bereich würden entsprechend seiner Richtlinie für eine einfache und menschenwÃ1/4rdige Bestattung im Sinne des § 74 SGB XII fÃ1/4r eine Erdbeisetzung maximal 2.300,00 â∏¬ und für eine Urnenbestattung maximal 2.200,00 $\hat{a} \sqcap \bar{A}^{1/4}$ bernommen werden. Die Kosten f $\tilde{A}^{1/4}$ r eine einfache b $\tilde{A}^{1/4}$ rgerliche Bestattung seien f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r seinen Bereich mit 4.000,00 $\hat{a} \sqcap \neg$ ermittelt worden. Einzelheiten hierzu ergäben sich aus seiner Richtlinie â∏∏für die Anerkennung von Bestattungsvorsorge sowie Grabpflege als Schonvermögen (§ 90 SGB XII)â∏∏ vom 1. April 2018, die er mit Schriftsatz vom 4. Oktober 2021 dem Gericht übersandt hat. Danach müsse auch die Anhebung des Schonbetrages von 2.600,00 â∏¬ auf 5.000,00 â∏¬ bei der Beurteilung der

Â

Während des Klageverfahrens hat der Beklagte dem Kläger mit weiterem Bescheid vom 30. November 2020 fÃ⅓r die Zeit ab dem 1. Juli 2019 Leistung der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII in Form von Ã□bernahme ungedeckter Heimkosten fÃ⅓r dessen Aufenthalt im Aphasie- und Seniorenzentrum R., S., bewilligt. Hintergrund war eine Neuberechnung des Einkommens und Vermögens

des Klägers für die Zeit ab Juli 2019.

Wegen des weiteren Vorbringens der Beteiligten und des Sachverhaltes im ̸brigen wird

Bezug genommen auf die Gerichtsakte und auf die beigezogenen VerwaltungsvorgĤnge des Beklagten.

Â

EntscheidungsgrÄ¹/₄nde

Das Gericht entscheidet gemäÃ∏ <u>§ 124 Abs. 2 SGG</u> im Einverständnis der Beteiligten unter Mitwirkung ehrenamtlicher Richter ohne Durchführung einer mündlichen Verhandlung.

Der Bescheid des Beklagten vom 4. Mai 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12. Dezember 2018 ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten. Die von dem Beklagten in diesen Bescheiden durchgefä 1 /4hrte Vermä 9 gensberechnung ist rechtsfehlerhaft. Der Beklagte hätte bei seinen Berechnungen statt des Betrages von 4.000,00 å 1 bei dem Bestattungsvorsorgevertrag den Gesamtbetrag 1 /4ber 7.152,59 å 1 als anrechnungsfrei ber 1 /4cksichtigen m 1 /4ssen.

Das Vermögen des Klägers aus dem Bestattungs-Vorsorgevertrag vom 8. Juli 2016 (bzw.

aus dem Bestattungsvorsorge Treuhandvertrag vom 8. Juli 2016) in Höhe von 7.152,59 â□¬ ist gemäÃ□ § 90 Abs. 3 SGB XII in vollem Umfang geschützt.

Nach § 90 Abs. 3 Satz 1 SGB XII darf die Sozialhilfe ferner nicht vom Einsatz oder von der Verwertung eines VermĶgens abhĤngig gemacht werden, soweit dies für den, der das Vermögen einzusetzen hat, und für seine unterhaltsberechtigten AngehĶrigen eine HĤrte bedeuten wļrde. Es ist anerkannt, dass neben Sterbegeldversicherungen auch BestattungsvorsorgevertrĤge grundsĤtzlich von der HĤrtefallregelung in § 90 Abs. 3 SGB XII erfasst sind. Dies hat das Bundessozialgericht in seiner grundlegenden Entscheidung vom 18. MÃxrz 2008 (B 8/9b SO 9/06 R, zit. nach juris) ausdrýcklich festgestellt. Das Vermögen aus einem Bestattungsvorsorgevertrag ist allerdings nur in einem angemessenen Umfang geschützt. Die Angemessenheitsgrenze ist dabei nicht starr, sondern ergibt sich aus den Besonderheiten des Einzelfalles (vergleiche zu der diesbezüglichen umfangreichen Rechtsprechung die Nachweise in LPK, SGB XII, Kommentar, 12. Aufl. 2020, § 90 Rn. 92 FuÃ⊓note 293). Zur Ermittlung der Angemessenheit einer Bestattungsvorsorge ist zunÄxchst auf die Kosten abzustellen, die die Ķrtlich zuständige Behörde als erforderliche Kosten der Bestattung nach § 74 SGB XII zu übernehmen hat (Grundbetrag). Dies dient dazu, den örtlichen Besonderheiten, wie bspw. unterschiedlichen Friedhofskosten, Rechnung zu tragen. In einem nÄxchsten Schritt ist dieser Grundbetrag, der lediglich den einfachsten

Standard repräsentiert, unter Berücksichtigung etwaiger Gestaltungswþnsche des Heimbewohners bis zur Grenze der Angemessenheit zu erhöhen (Erhöhungsbetrag). Dabei können die Kosten einer durchschnittlichen Bestattung als Richtschnur dienen (so SG B-Stadt, Urteil vom 18. April 2018, <u>S 17 SO 572/17</u>, zit. nach juris mit Hinweis auf Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 16 November 2000 9, <u>12 A 1363/09</u>; juris PK, <u>§ 90 SGB XII</u> Rn. 119). Nach diesen Grundsätzen haben die Instanzgerichte in Deutschland in den letzten Jahren nach den jeweiligen Umständen des Einzelfalles Beträge von 3.200,00 â□¬ bis 8.800,00 â□¬ als noch angemessen anerkannt.

In Anwendung dieser Grundsätze stuft das erkennende Gericht den hier streitgegenständlichen Betrag von 7.152,59 â□¬ fþr den Bestattungsvorsorgevertrag noch als angemessen im Sinne von § 92 Abs. 3 SGB XII ein.

Hierzu im Einzelnen:

Der Beklagte hat unter Hinweis auf eine â∏Richtlinieâ∏ (ohne Datum) mit der ̸berschrift â∏∏in angemessenem Umfang zu þbernehmende Bestattungskostenâ∏∏ vorgetragen, dass für seinen Bereich zur Zeit (Stand 1.9.2016) Kosten im Rahmen einer einfachen und menschenwürdigen Bestattung im Sinne des § 74 SGB XII für eine Erdbeisetzung von maximal 2.300,00 â∏¬ und für eine Urnenbestattung von maximal 2.200,00 $\hat{a} \sqcap \bar{A}^{1/4}$ bernommen werden. Dieser $\hat{a} \sqcap \Pi$ Grundbetrag $\hat{a} \sqcap \Pi$ bei der Ermittlung der Angemessenheit der Bestattungsvorsorgekosten erscheint dem Gericht als sehr gering. Letztlich braucht dies aber nicht weiter vertieft zu werden. Denn der Grundbetrag ist $\hat{a} \square \square$ wie dargelegt $\hat{a} \square \square$ entsprechend zu erh \tilde{A} ¶hen. Vorliegend hat der KlĤger insoweit vor Abschluss des Bestattungsvorsorgevertrages ein Angebot bei dem Beerdigungsinstitut U. mit Datum vom 16. Juni 2016 eingeholt. Dieses Angebot hat er dem Beklagten bei Antragstellung vorgelegt und befindet sich dementsprechend in den VerwaltungsvorgĤngen des Beklagten. Die Kammer hat bei eingehender Durchsicht dieses Angebotes an keiner Stelle eine Position gefunden, die von den Kosten einer üblichen Bestattung abweicht. Auch der Beklagte hat weder im Verwaltungsverfahren noch im gerichtlichen Verfahren dieses Angebot vom 16. Juni 2016 an einer oder mehreren Stellen beanstandet. Der für den KlĤger handelnde Betreuer ist bei Abschluss des Bestattungsvorsorgevertrages offenbar gewissenhaft vorgegangen. Dies zeigt sich auch daran, dass er ein entsprechendes EinverstĤndnis des Betreuungsgerichts (Amtsgericht S., Az.: W. vom 22 Juni 2016) eingeholt hat, das allerdings nicht fÃ¹/₄r den SozialhilfetrÄxger bindend ist.

Die EinwĤnde des Beklagten hinsichtlich der Angemessenheit des Bestattungsvorsorgevertrages ýberzeugen nicht. Der Beklagte beruft sich in erster Linie auf seine Richtlinie â \square fýr die Anerkennung von Bestattungsvorsorge sowie Grabpflege als Schonvermögen (§ 90 SGB XII)â \square Stand 1.4.2018. In dieser Richtlinie ist pauschal festgelegt, dass fþr die Anerkennung einer Bestattungsvorsorge maximal ein Betrag von 4.000,00

â∏¬ möglich ist. Die diesbezügliche

Begrýndung weist allerdings erhebliche SchwÃxchen auf. So wird auf Seite 5 der Richtlinie schlicht behauptet: â∏Die Ermittlungen von durchschnittlichen Kosten einer einfachen bürgerlichen Bestattung wurden mit 4.000,00 â∏¬ im Landkreis X. ermitteltâ∏. Weitere Ausführungen hierzu sind in der Richtlinie nicht enthalten. Auffällig ist insoweit zum einen der â∏rundeâ∏ Betrag von genau 4.000,00 â∏¬. Bei einer konkreten Ermittlung von durchschnittlichen Bestattungskosten hÄxtte sich wohl kaum ein â∏runderâ∏ Betrag ergeben. Zum anderen stellt der Beklagte dabei ausdrücklich auf die Kosten einer einfachen bürgerlichen Bestattung ab. Wie oben dargelegt, sind für die Ermittlung des VermĶgensschonbetrages bei BestattungsvorsorgevertrĤgen aber die Kosten einer durchschnittlichen Bestattung relevant. Der Aussagewert der Richtlinie wird weiter dadurch geschmĤlert, dass in unzulĤssiger Weise der allgemeine Vermögensfreibetrag gemäÃ∏ <u>§ 90 Abs. 2 Nummer 9 SGB XII</u> mit Hinweis auf dessen Erh \tilde{A} ¶hung zum 1.4.2017 von 2.600,00 \hat{a} \square ¬ auf 5.000,00 \hat{a} \square ¬ mit der Festlegung des VermĶgensschonbetrages für Bestattungsvorsorgeverträge gemäÃ∏ § 90 Abs. 3 SGB XII inhaltlich verknüpft wird. Ausdrücklich steht insoweit auf Seite 5 der Richtlinie: â∏Der deutlich erhöhte Schonbetrag muss nach hiesiger Betrachtung allerdings mit in die Bewertung der Bestattungsvorsorgeund etwaigen GrabpflegevertrĤge einbezogen werdenâ∏. Diese Sichtweise teilt das Gericht nicht. Der VermĶgensschonbetrag gemĤÄ∏ § 90 Abs. 2 Nummer 9 SGB XII für kleinere Barbeträge oder sonstige Geldwerte steht unabhängig neben einer schã¼tzenswerten Vermã¶gensposition aus <u>§ 90 Abs. 3 SGB XII</u>.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 193 SGG.

Erstellt am: 15.01.2024

Zuletzt verändert am: 20.12.2024